

Beschluss

TOP II.2 Onlinedienste zur Meldung von Hasskommentaren für Bürgerinnen und Bürger

Berichterstatter: Hamburg, Bayern, Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister sehen die Verbreitung von Hass und Hetze im Internet trotz vieler bereits erfolgreicher Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Verfolgung von Hasskriminalität nach wie vor mit großer Sorge.
2. Sie stimmen darin überein, dass die bereits bestehenden Online-Anzeigemöglichkeiten ein wichtiges Mittel bei der Verfolgung von Hasskriminalität sind. Zugleich sind sie der Auffassung, dass ein einfach auffindbares, niederschwelliges länderübergreifendes Online-Portal ein weiterer Schritt zur Verbesserung der Verfolgungsmöglichkeiten von Hasskriminalität sein könnte.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister beauftragen den Strafrechtsausschuss zu prüfen, ob und wie die unterschiedlichen Länderangebote ausgeweitet, verbessert und effektiviert werden können. Sie bitten den Bundesminister der Justiz unter Einbindung des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat sich an der Prüfung zu beteiligen.